Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 28

Artikel: Der Student im kommunistischen System (II) : wirklich enge Gemeinschaft

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076787

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Student im kommunistischen System (II)

Wirklich enge Gemeinschaft

Das kommunistische System bietet seinem akademischen Nachwuchs viele Plätze an aber wenig Platz. Raumnot kennzeichnet am stärksten die äussern Lebensbedingungen der Studenten, die im wahrsten Sinne des Wortes in «enger Gemeinschaft» leben. Für uns entscheidender aber ist die Gemeinschaft der Studenten im Parteisinn: im Kollektiv der sogenannten Studenten-Autonomie gibt es auch im übertragenen Sinn kaum individuelle Bewegungsfreiheit.

Wie für die Schüler im allgemeinen (siehe KB Nrn. 21 und 22) ist auch für die Studenten das Leben im Internat das angestrebte Parteiziel. Aber es ist auch hier noch nicht erreicht oder auf unbefriedigende Art verwirklicht.

Schlechtere Kasernen

Die Studentenheime sind wohl eine billige Unterkunft, bieten aber bezüglich Komfort und Hygiene im allgemeinen ein Minimum. Das gilt sowohl für die Sowjetunion als auch für die Volksdemokratien, mit Ausnahme vielleicht der Tschechoslowakei, wo mehrere moderne neue «Studentenhotels» gebaut wurden.

In den Studentenzimmern sind meist zwei bis drei Betten übereinandergestellt. Für 15 bis 18 Personen steht im Wohnraum ein kleiner Tisch mit drei oder vier Stühlen zur Verfügung. Wohl gibt es noch allgemeine Aufenthaltsräume, den Klub und verschiedene Studiersäle. Sie alle aber sind durch die Sitzungen der verschiedenen Komitees und Kommissionen verschiedener Organisationen nahezu ständig belegt. Man lebt in den Internaten gedrängter als in den Kasernen. Die Raumknappheit macht sich in besonderem Masse in Polen spürbar, wo es Internate mit 1,8 Quadratmeter Fläche pro Person gibt.

Die Einrichtungen sind unterschiedlich, zumeist aber schlecht. Ein Beispiel aus einer sowjetischen Republikshauptstadt: in Everan waren drei Wasserhahnen die einzige Waschmöglichkeit für 180 angehende Mediziner; sie mussten sich weiter mit einem einzigen allgemeinen Aufenthaltsraum begnügen, der ihnen zugleich als Studiersaal, Kantine, Sitzungszimmer und Klub diente («Kommunist», Everan, 8. 9. 1960).

Die Verpflegung ist keineswegs in ausreichendem Masse gewährleistet. Diesen Frühling erhielten in Polen die Studenten nur 42 Prozent der vorgeschriebenen Fleischnorm und einen Drittel der normalen Eier- und Gemüseration. Dafür war die Brotzuteilung grösser als vorgesehen («Trybuna Ludu», 5. 5. 1962). An der staatlichen Universität Frunse werden die vorgesehenen Speisemengen täglich um die Hälfte gekürzt; in der dortigen Mensa sind Gemüse, Fisch und Teigwaren eine Seltenheit. Zudem ist das Essen schlecht zubereitet. Dafür wird teures Gebäck angeboten («Sowjetskaja Kirgisija», 23. 2. 1962). Im grossen und ganzen mag die Ernährung quantitativ genügen, ist aber einseitig (wenig Fleisch und Gemüse).

Wo die Studenten im Heim nicht unterkommen, müssen sie in Untermiete wohnen, was namentlich in den Volksdemokratien noch oft der Fall ist. Was die Verhältnisse sein können, zeigt ein Bericht aus Ungarn: Die naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Szeged zählt 740 Studenten. 237 davon logieren in möblierten Zimmern. Diese sind überfüllt und teuer. In einem Zimmer wohnen bis zu fünf Personen, die monatlich 200 Forint pro Kopf zahlen. Nicht eingerechnet ist die Zulage für elektrischen Strom (je 10 Forint) und Heizung (je 100 Forint). In einzelnen Fällen übernachten Studenten als Untermieter in der Küche, schlafen Studentinnen zu zweit in einem Bett. Die Bettwäsche hat jeder Pensionär selbst mitzubringen («Nepszabadsag», 13. 6. 1962). Dabei beläuft sich das Stipendium auf 80 Forint pro Monat, ein Arbeiterlohn auf monatlich 1000 Forint.

Wie die KP regiert

Die Organisation des Komsomolverbandes an den Hochschulen entspricht im wesentlichen derjenigen auf der Mittelschulstufe (KB Nr. 22). Eine Grundorganisation wird in jeder Fakultät errichtet, wobei es für die gesamte Universität ein Zentralsekretariat gibt. Die «gesellschaftliche Tätigkeit» der Studenten stellt eine beträchtliche Last dar. Die Studentenfunktionäre (Mitglieder der Universitäts- und Fakultätskomitees, Sekretäre der Unterabteilungen für die einzelnen Jahrgänge, die Verantwortlichen für die verschiedenen Sachgebiete) sind während des ganzen Schuljahres vornehmlich damit beschäftigt, von Sitzung zu Sitzung zu laufen.

Da bestehen Friedenskomitees, Volkskomitees (in den Volksdemokratien), paramilitärische Studentenorganisationen, Parteikomitees Gewerkschaftskomitees usw. Auch haben solche Funktionäre ihren Platz in den Vorständen verschiedener «Freundschaftsgesellschaften» (die der «brüderlichen Zusammenarbeit» mit den andern kommunistischen Staaten dienen), ferner sind sie in den diversen Universitätskommissionen vertreten (für Unterrichtsmethoden, wissenschaftliche Fragen usw.) und repräsentieren die Studentenschaft überhaupt in allen Belangen. Schliesslich hat jeder Parteibeauftragte noch sein eigenes Ressort innerhalb der Jugendorganisation zu betreuen: Kultur, Sport, Kaderbildung, Agitation und Propaganda. So haben diese studentischen Komsomolzen wirklich kaum Zeit für das Studium. Aber kaum ein Professor wird es wagen (wenigstens in den Satellitenstaaten) diesen Tatbestand mit entsprechenden Noten zu quittieren.

Der Komsomol übt an den Universitäten seine eigene Kontrolle über die gesamte studierende Jugend aus. Die Angehörigen der einzelnen Jahrgänge sind in Studentengruppen zu höchstens 25 Personen mit einem Sekretär an der Spitze aufgeteilt. Innerhalb der Gruppen werden Studentenpaare gebildet (ein guter und ein schlechter Schüler zusammen), so dass jedermann seinen gleichaltrigen Mentor oder Schützling hat. Die einzelnen Gruppen stehen untereinander im Wettbewerb: Wer die besten Erfolge im Studium, in der politischen Tätigkeit, in der Produktionspraxis oder in der gesellschaftlichen Aufbauarbeit vorzeigen kann, wird mit einem Wanderwimpel belohnt. Der Sekretär kontrolliert seine Gruppe und hat insbesondere jeden Tag auf den pünktlichen Vorlesungsbesuch jedes einzelnen zu achten. Wer die «Studiendisziplin» verletzt, wird vor die Disziplinarkommission des Komsomols gestellt. Sie kann ähnliche, wenn auch weniger weitreichende Sanktionen treffen wie ein Kameradschaftsgericht, das ungenügende Arbeitsdisziplin ahndet. Die Strafen können vom öffentlichen Verweis bis zum Entzug des Stipendiums auf befristete Zeit gehen.

In den Volksdemokratien haben die Hochschulorganisationen des Komsomols auch bezüglich der ideologischen Erziehung oder Umerziehung von Lehrerschaft und Unterrichtspersonal ihre zugewiesene Aufgabe. Die früheren Studentenorganisationen sind mit Ausnahme Polens überall aufgelöst worden. Im Zentralkomitee des Komsomols besteht eine besondere Behörde zur Verwaltung der Hochschulorganisationen, wodurch eine einheitliche Jugendpolitik gewährleistet wird.

Ideologie verleidet

Der Marxismus-Leninismus ist nicht nur obligatorisches Fach für jedes Studium, sondern die Grundlage für jedes Wissensgebiet. In der direkten und indirekten Vermittlung des ideologisch-politischen Stoffes besteht ein Unterschied zwischen der UdSSR und ihren Vasallen. In den Volksdemokratien ist die kämpferische Grundhaltung gegenüber dem «Klassenfeind» und dem «Feind der sozialistischen Ordnung» noch äusserst real. Die Partei weiss, dass das Volk noch keineswegs auf ihr Denkschema umgeschult ist und will in jedem Studenten einen Künder des kommunistischen Glaubens in feindlich empfundener Umgebung heranbilden. In der Sowjetunion, wo sie seit 40 Jahren keine zugelassene Konkurrenz mehr hat, braucht sich die kommunistische Doktrin nicht im gleichen Sinn zu behaupten. Zu tun gibt ihre jeweilige Auslegung und vor allem ihre immerfort ändernde Anpassung an Produktions- und Ausbeutungspraxis.

In den Volksdemokratien müssen die Studenten diesbezüglich ein (relativ grosses) Minimum an Interesse heucheln, wenn ihnen am Weiterstudium gelegen ist. In der Sowjetunion tritt ein Désintéressement recht offen zutage, namentlich in den entfernteren Unionsrepubliken, wie aus Pressemitteilungen und Parteiverlautbarungen immer wieder hervorgeht. Dazu kommt, dass die mit dem Unterricht betreuten Kräfte selbst oft wenig Eifer bezeugen. Die KP ist sich der Gefahr bewusst und arbeitet ihr nach Kräften entgegen. Im Zuge der ideologischen Wiederaufrüstung kommt es seit einigen Jahren zu vermehrten Gründungen von «Fakultäten für Komsomolpropagandisten».

Arbeitskräfte

Von der «Produktionspraxis», die man heute im gesamten kommunistischen Machtbereich vom Studenten fordert, war schon die Rede. Von ihr unterscheidet sich die «freiwillige sozialistische Aufbauarbeit» grundsätzlich. Erstere kann mit gutem Willen noch als Teil der Fachausbildung anerkannt werden, letztere aber ist einfach ein Arbeitsbeitrag an die Volkswirtschaft, wie er übrigens auch von den übrigen Berufs- und Bevölkerungsgruppen geleistet werden muss. Im Vordergrund steht natürlich die Landarbeit. Die Hochschuljugend von Tadschikistan arbeitet beispielsweise jedes Jahr zwei Wochen an der Baumwollernte.

Eine besondere Erwähnung verdient der obligatorische Sportbetrieb. Die Studenten müssen Sport betreiben: a) im Rahmen des Lehrstuhls für Sport, der zu jeder Fakultät gehört, b) im Rahmen der paramilitärischen Organisation (UdSSR: DOSAAF), welche an jeder Fakultät einen Verein hat, und c) zumeist in Aeroklubs verschiedener Art. An den Flugübungen nehmen auch Studentinnen teil.

In der UdSSR werden seit sechs Jahren in zunehmendem Ausmass auch studentische Sportlager organisiert, die im Unterschied zum Landdienst beliebt sind.

Die kollektive Freizeitbeschäftigung der Studenten wird grundsätzlich ähnlich organisiert wie auf der Mittelschulstufe. Sofern man diese überhaupt von der Hochschulstufe anders denn graduell unterscheiden kann.

Die Studenten aus den Entwicklungsländern, die in Moskau eine Vorzugsbehandlung geniessen, werden demnächst eine eigene Wohnsiedlung erhalten. Die Patrice-Lumumba-Universität (früher Universität der Völkerfreundschaft) baut im Südwesten der Stadt eine Studentensiedlung für 4200 Personen. Mit dem Bau aus vorfabrizierten Elementen soll noch dieses Jahr begonnen werden.

Die Partrice-Lumumba-Universität (die auffälligerweise in einigen Publikationen wiederum nur als «Universität der Völkerfreundschaft» erscheint, wird diesen Herbst wiederum 700 neue Studenten aufnehmen.

Wirtschaft

Bulgarien

Rentabilität vordringlich

Das Hauptaugenmerk im bulgarischen Industrieprogramm soll wieder vermehrt auf Rentabilität gerichtet werden.

Wie in allen übrigen Ostblockstaaten ist auch in diesem Land ein bedeutender Teil der total verstaatlichten Industrie unrentabel und kann nur mit erheblichen staatlichen Subventionen existieren. Um diesen Zuständen soweit als möglich ein Ende zu bereiten, wurde auf breiter Basis eine entsprechende Kampagne eingeleitet. Die parteiamtliche «Rabotnitschesko Delo» (6. Juni 1962, S. 1) fordert in einem Leitartikel, dass alle Wirtschaftsunternehmen des Landes «ohne staatliche Subventionen» gewinnbringend sein müssen. Die Tatsache, dass gegenwärtig zahlreiche Betriebe keine Gewinne abwerfen, bedeutet noch nicht, dass sie überflüssig seien, sondern man müsse mit «politisch-erzieherischer Arbeit» dahin wirken, dass sie wenigstens mit «geringeren Subventionen» auskommen. Das Blatt zitiert in diesem Zusammenhang die Worte des Ersten ZK-Sekretärs Todor Zivkov, der am ZK-Plenum vom November 1961 hierüber wie folgt sprach:

«Die reale Aufgabe für das kommende Jahr besteht darin, dass mit einzelnen Ausnahmen alle defizitären Staatsunternehmen in der Industrie und Landwirtschaft rentabel und gewinnbringend gemacht werden müssen.»

An sich wird auch im kommunistischen Wirtschaftssystem der Gedanke durchaus anerkannt, dass die einzelnen Produktionsunternehmungen selbsttragend sein sollten. Erstes Hindernis dazu sind allerdings erfahrungsgemäss die planwirtschaftlichen Vorschriften, an die sich die Betriebe zu halten haben.

Zur Erhöhung der materiellen Interessiertheit der in Produktionsgenossenschaften gepressten Bauern, hatten bereits mehrere LPGs einen gewissen Teil ihres Ackerbodens ihren Mitgliedern in Teilpacht übergeben, in der Hoffnung, dass auf diese Weise nun auch die Familienmitglieder sich wieder an den Feldarbeiten beteiligen würden. Die Presse bezeichnet diesen Schritt als «fortschrittlich» und «vorbildlich» für die Lösung der materiellen Interessiertheit der LPG-Mitglieder an der Produktion, denn «nicht die Form, sondern der Erfolg sei wichtig». («Vas Népe» Szombathely, 10. Mai 1962, S. 1.) — Dieses auch in den andern Ostblockstaaten übliche Vorgehen steht im krassen Widerspruch zur kommunistischen Wirtschaftstheorie, die die Teilpacht als einen «Ueberrest des Feudalismus» bezeichnet, der nur in den «kapitalistischen Ländern, Kolonien und Halbkolonien» existiert. In der Sowjetunion wurde die Teilpacht «als Ueberbleibsel der Leibeigenschaft» bereits 1917 abgeschaft. (Siehe G. A. Koslow und S. P. Perwuschin: «Oekonomisches Wörterbuch», Moskau 1958. Deutsche Uebersetzung, Berlin 1960, S. 300.) (26/32)

Landwirtschaft

Kinder-Aufgebot

Die bulgarische Parteiführung hat sich veranlasst gesehen, zur Abwendung einer abermaligen Missernte nunmehr auch Jugendliche im kindlichen Alter für die Feldarbeit einzusetzen. Wie es heisst, sollen sie «am Kampf des gesamten Volkes zur Ueberwindung der Auswirkungen der langen Dürrperiode, die die Ernte bedroht, teilnehmen».

Auf einer kürzlichen Kundgebung der «Pioniere», der Jugendorganisation der Partei, in Sofia, wurde namens der 700 000 Mitglieder folgender Beschluss gefasst: «Auch wir, zusammen mit der ganzen Nation, werden am Kampf gegen die Dürre teilnehmen.» Bei den Mitgliedern der «Pioniere» handelt es sich durchweg um Schulkinder im Alter zwischen 7 und 14 Jahren. Einzelheiten der Kundgebung fanden sich in einem Bericht des bulgarischen Zentralorgans « Rabotnitschesko Delo».

In einer Parteichef Todor Schiwkoff übergebenen Resolution versprechen die Führer der «Pioniere»: «Spontan folgen wir alle dem Appell, den Kollektivwirtschaften zu helfen. Während des ganzen Sommers werden wir jeden Keim pflegen und begiessen.»

In der Resolution wird ferner voller Stolz auf andere Leistungen der Pionierorganisation aufmerksam gemacht. Im einzelnen heisst es dazu:

Wir haben

— mehr als sieben Millionen Kilogramm Kräuter gesammelt, wofür fünf Elektrolokomotiven angeschafft werden konnten;

— der Industrie 10 000 Tonnen Altmetall und 3000 Tonnen Altpapier abgeliefert, wofür 80 Güterwagen beschafft werden konnten;

— freiwillig 7,2 Millionen Arbeitstage geleistet;

— 2,5 Millionen Schösslinge und Bäume gepflanzt;

— 1,8 Millionen Hühner und 1,4 Millionen Kaninchen aufgezogen;

— 230 000 Einzelteile für Apparate in Schullaboratorien angefertigt.

Bevölkerung

CSSR

Geburtenrückgang

In der Tschechoslowakei sind in den letzten Jahren die Geburtenziffern stetig gesunken. Unter den Gründen zählt die Landespresse die Wohnungsnot, eine neue Einstellung zur Familie, die berufliche Tätigkeit beider Elternteile und die zunehmenden Schwangerschaftsunterbrechungen auf. 1957 wurden in der CSSR auf 1000 Einwohner noch 18,9 Geburten registriert, in den beiden folgenden Jahren sank diese Zahl auf 17,4 und 16,0, nahm 1960 mit 15,9 weiterhin etwas ab und betrug im Vorjahr noch 15,8. Da die Sterbeziffer bei 9,2 auf 1000 steht, liegt der Geburtenüberschuss allerdings immer noch auf 6,7 Promille.

Ein Teil des Geburtenrückganges wird damit erklärt, dass in den vergangenen Jahren die Anzahl der Frauen zwischen 18 und 25 Jahren abgenommen hat, die Folge eines entsprechenden Bevölkerungsrückganges in den Jahren 1935 bis 1939.

Ferner schreibt die Prager Zeitung «Lidova Demokracie»:

«Ein Teil des Geburtenrückganges ist der Wohnungsnot zuzuschreiben. Kompliziert ist die Beziehung zwischen dem Geburtenrückgang und der künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung, die auf Grund des Gesetzes Nr. 68 aus dem Jahr 1957 ermöglicht wird. Das Gesetz selbst stellt einen grossen Fortschritt bei der Lösung der Frage illegaler Abtreibungen dar, denn es schützt die Frauen vor unfachgemässen Eingriffen. Auf der anderen Seite haben die Erfahrungen jedoch gezeigt, dass das Gesetz für manche Frauen zu einem leichten Ausweg im Falle einer ungewollten Schwangerschaft geworden ist. Im Jahr 1960 kam es z. B. in 88 000 Fällen zu einer künstlichen Schwangerschaftsunterbrechung, im Vorjahr stieg diese Zahl um 6000 weitere an. In den lezten Monaten nahm die Zahl der Abtreibungen jedoch ein wenig ab.

Unsere Kommission für Bevölkerungsentwicklung steht vor der ernsten Aufgabe, vor allem Massnahmen auszuarbeiten und zu empfehlen, die die Bedingungen dafür schaffen würden, dass auch Familien, in denen beide Elternteile beschäftigt sind, mehrere Kinder haben können.»

Jugend

Sowjetunion

Komsomol im Einsatz

«Alle Kräfte der Jugend müssen am Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus mitwirken und zur maximalen Nutzung der Industrie- und Landwirtschaftsreserven beitragen.»

Das hatte diesen Frühling General Pawlow, Sekretär des Komsomol-Zentralkomitees, anlässlich der 13. Tagung des kommunistischen Jugendverbandes in Moskau erklärt.

Der Satz ist in der Sowjetunion keine Phrase, sondern ein Motto, dem mit allen Mitteln von Propaganda bis zum Zwang Nachachtung verschafft wird. Der Komsomol spielt in der sowjetischen Planwirtschaft eine wesentliche Rolle, sehr oft die Rolle einer Vorhut. Die jungen Kräfte werden dort eingesetzt, wo es nach dem Willen der Partei gilt, neues Land zu er-